

1

Gedenkveranstaltung 16.12.2018  
Ansprache Stadtrat Michael Frost

Anrede

Die Geschichte der Roma und Sinti in Europa ist die Geschichte der Ausgrenzung und Entrechtung eines Volkes über einen Zeitraum von mehreren Jahrhunderten.

Es ist der immergleiche Teufelskreis, in dem Roma und Sinti gefangen waren und in vielen Teilen bis heute sind.

Erst versperrte man ihnen den Zugang zu den Städten, zwang sie in Ghettos oder vertrieb sie, verweigerte ihnen Bildung und den Zugang zu geregelter Arbeit, um ihnen anschließend fehlende Integrationsbereitschaft vorzuwerfen,

die vermeintlich nicht vorhandene Fähigkeit zur Sesshaftigkeit,

die Begrenzung auf bestimmte Berufszweige oder gar Kriminalität aus vermeintlichen „Mentalitätsgründen“ -

die dann wiederum zur Rechtfertigung für die nächste Stufe der Vertreibung werden.

An dieser Geschichte lässt sich der fatale Wirkungskreislauf von Diskriminierung, Ausgrenzung, Entrechtung, Verfolgung bis zur Vernichtung ablesen.

Es bedurfte nur eines einzigen Mittels, um die jeweils nächste Stufe in diesem Teufelskreis zu erreichen: des Vorurteils.

Nur durch das gezielte Streuen und Schüren von

Vorurteilen war es bis heute möglich, Unzufriedenheit und Missstände auf eine bestimmte, Gruppe der Bevölkerung zu projizieren und ihr schließlich nicht nur sämtliche Bürgerrechte zu entziehen, sondern ihre Vernichtung in den Gaskammern der Konzentrationslager vorzubereiten.

Und wir wissen heute, dass die gezielte Vernichtung auch der Roma und Sinti nicht erst nach dem 30.1.1933, dem Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzlers, vorbereitet worden sein kann.

Es bedurfte langfristig vorbereiteter Planungen, Abstimmung, Helfershelfer und nicht zuletzt der Mittäterschaft staatlicher Institutionen, denn bereits im selben Jahr erfolgten die ersten Einweisungen in Konzentrationslager.

Mit dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom Juli 1933 wurde die rechtliche Grundlage für Zwangssterilisationen geschaffen.

Im September 1933 folgte mit der Gründung der Reichskulturkammer als berufsständischer Zwangsorganisation der rassistisch begründete Ausschluss der Sinti von der Mitgliedschaft in der Kammer - und damit das Berufsverbot.

In der Folge der „Nürnberger Rassegesetze“ vom September 1935 und der Verfügung von Reichsinnenminister Frick vom Januar 1936 (Zitat: „Zu den artfremden Rassen gehören (...) in Europa außer den Juden regelmäßig nur die Zigeuner“) wurden den Roma und Sinti sämtliche Bürgerrechte entzogen.

Damit war der Weg zur Gründung der „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ am 1. Oktober 1938

vorgezeichnet, der nur zwei Monate später der Erlass Himmlers folgte, mit dem die Erfassung aller Sinti und Roma im Deutschen Reich angeordnet wurde.

Bis 1945 fertigte die so genannte Rassenhygienische Forschungsstelle unter der Leitung von Dr. Ritter 24.000 „Rassegutachten“ an, die zur Grundlage der Selektion der Opfer und ihrer Deportation in die Vernichtungslager wurden.

Gerade drei Wochen nach dem Einmarsch und der Besetzung Polens durch die Wehrmacht wurde verfügt, sämtliche Juden, Roma und Sinti aus dem Gebiet des Deutschen Reichs nach Polen zu deportieren.

Der Auschwitz-Erlass Himmlers schließlich, datiert auf den 16. Dezember 1942, also heute vor 76 Jahren, bildet die Grundlage für die im darauffolgenden Februar beginnende Deportation von 23.000 Sinti und Roma in das so genannte „Zigeunerlager“ von Auschwitz-Birkenau.

Dieser Ort ist Synonym für die gezielte Vernichtung eines ganzen Volkes, die ohne das gezielte Verbreiten und Schüren von Ängsten und Vorurteilen, von Hetze und Schmähungen niemals möglich gewesen wäre.

Mehr als 13.000 Sinti und Roma starben in Birkenau an Ernährungsmangel, 5.600 wurden in den Gaskammern ermordet.

Anrede

Am Anfang von allem ist das Wort, auch des Bösen.

Am Anfang der Vernichtung steht die Enthemmung der Sprache und mit ihr die Enttabuisierung des politischen Diskurses.

Beispiele hören wir jeden Tag, und wir laufen bereits Gefahr, uns daran zu gewöhnen.

Die Fraktion der AFD im sächsischen Landtag hat beispielsweise im Frühjahr dieses Jahres von der Landesregierung in einer Anfrage wissen wollen: „Wie viele deutsche und ausländische Sinti und Roma ... in Sachsen seit 2010 leben - und wo sie hauptsächlich gemeldet waren?“ - Zusatz: Bitte jahresweise nach deutschen und ausländischen Sinti und Roma aufschlüsseln).

In weiteren Fragen erkundigt die AfD sich nach der Anzahl von Roma und Sinti z.B. Rentnern und Erwerbslosen, Schulverweidern und Wohnungslosen.

Eine vergleichbare Erfassung hatte es - ich sagte es vorhin - zuletzt 1938 gegeben.

Auch wenn die Sächsische Landesregierung in ihrer Antwort in nüchterner Klarheit feststellt, dass eine Erhebung ethnischer Daten grundgesetzwidrig sei, darf die AFD sich der Zustimmung breiter Bevölkerungsteile sicher sein, deren Vorurteile sie allein durch die Fragestellung wiederum bestärkt:

In der Leipziger Autoritarismus-Studie stimmten in diesem Jahr 60% der befragten Bundesbürgerinnen und -bürger der Aussage zu, Sinti und Roma würden zur Kriminalität neigen.

Die alle zwei Jahre wiederholte Studie zeige, so die Autoren der Leipziger Universität,

„hohe Zustimmungswerte für die Einstellung, die in der Forschung als 'Einstiegsdroge' in den Rechtsextremismus

gilt:

Die Hemmschwelle, rechtsextremen Aussagen zuzustimmen, ist besonders niedrig.“ -

Und die Studie besagt zudem, dass die Hemmschwelle dieser Zustimmung gegenüber keiner Bevölkerungsgruppe so niedrig ist wie gegenüber den Roma und Sinti.

Wir müssen daraus den Schluss ziehen, dass der Gradmesser für die Verankerung einer pluralistischen und freiheitlichen Gesellschaft die Einstellung zur Gruppe der Roma und Sinti ist.

An der Frage, ob es uns gelingt, die Vorurteile zu überwinden, entscheidet sich, ob wir als Demokratinnen und Demokraten wehrhaft genug sind gegen die zersetzende Hetze der Rassisten.

Anrede

aus diesem Grund ist es von immenser Bedeutung, dass wir hier zusammen stehen.

Es ist von immenser Bedeutung für unseren Zusammenhalt als Gesellschaft.

Es ist von immenser Bedeutung für diejenigen, die Opfer der Vorurteile und der Hetze sind.

Sie zu schützen, ist unsere Verantwortung. Wir lassen uns nicht auseinander dividieren.

Ob als Mitglieder des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung, der Bremischen Bürgerschaft, als Vertreterinnen und Vertreter religiöser Gemeinschaften, als Mitglieder politischer Parteien, als Kulturschaffende, als Lehrkräfte, Polizistinnen und Polizisten, Vertreterinnen und Vertreter der unabhängigen

Justiz und der freien Medien:

Als Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt bekennen wir uns an diesem Gedenkort zu unserer Verantwortung für eine solidarische Gesellschaft, in der niemand zu einer Minderheit zählt, weil es keine Mehrheit gibt, die das Recht für sich in Anspruch nehmen dürfte, andere zu einer Minderheit zu erklären und ihr besondere Rechte zu gewähren - oder zu verwehren.

Was uns als Gemeinschaft eint und formt, ist die unantastbare Würde des einzelnen Menschen.

Als Gemeinschaft trauern wir gemeinsam um die Bremerhavener Familien, die als Sinti und Roma Opfer der nationalsozialistischen Ideologie und des Völkermords wurden.

Text und Recherche: Michael Frost

Quellen: Dokumentations- und Kulturzentrum deutscher Sinti und Roma ([www.sintiundroma.de](http://www.sintiundroma.de))

Sächsischer Landtag, Drucksache Nr. 6/13730.